Frau Dr. Hildebrandt, Minister für Arbeit und Soziales:

Meine Damen und Herren! Wir lesen heute so lange, bis der Saal hier leer ist.

Der vorgelegte Entwurf des Änderungsgesetzes zum Arbeitsgesetzbuch beruht auf den im Staatsvertrag mit der Bundesrepublik Deutschland festgelegten Grundsätzen einer Arbeitsrechtsordnung, in der Koalitionsfreiheit, Tarifautonomie, Mitbestimmung und Kündigungsschutz entsprechend dem Recht der Bundesrepublik Deutschland gelten. Alle dem entgegenstehenden Bestimmungen wurden aufgehoben. Der Gesetzentwurf berücksichtigt die Erfordernisse der Rechtsstaatlichkeit und der sozialen Marktwirtschaft unter den konkreten Bedingungen unseres Landes. Mit Blick auf die Einheit der beiden deutschen Staaten stellt er eine weitgehende Rechtsangleichung an das Arbeitsrecht der Bundesrepublik Deutschland her. Das führt zu umfangreichen Gesetzesänderungen. Ganze Kapitel entfallen durch den Erlaß bzw. die Übernahme weiterer Gesetze zur Ausgestaltung

(Stellvertreter der Präsidentin Frau Dr. Niederkirchner:
Ich bitte doch um Ruhe, wenigstens die letzte Zeit.)

der Arbeitsrechtsordnung und der Sozialunion, z. B. Betriebsverfassungsgesetz, Kündigungsschutzgesetz, Tarifvertragsgesetz, Mitbestimmungsgesetz.

Für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen sieht der Gesetzentwurf zumeist nur noch Mindestforderungen vor, um den Tarifparteien entsprechend ihrer Eigenverantwortung die volle Tarifautonomie einzuräumen. Die neuen Regelungen werden durch die Vereinbarungsfreiheit für Arbeitgeber und Betriebsräte sowie die Vertragsfreiheit bei der Gestaltung der Arbeitsverhältnisse zwischen den einzelnen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wesentlich erweitert, um Raum zu geben für Eigenverantwortung, Leistungs differenzierung und Flexibilität.

Die Arbeitgeber, insbesondere in Kleinbetrieben, werden von den wettbewerbshemmenden, organisatorischen und finanziellen Belastungen befreit, z. B. auch bei der Finanzierung von Kultur-, Gesundheits- und Sporteinrichtungen, wobei ich zur Klärung gleich noch sagen möchte: Das Betriebsgesundheitswesen bleibt erhalten.

(Beifall)

Die Übernahme der Kündigungsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland bewirkt grundlegende Veränderungen. Die bisherige Verpflichtung des Arbeitgebers, vor einer Kündigung zumutbare andere Arbeit durch Änderungs- oder Überleitungsvertrag anzubieten, ist nicht mehr haltbar.

Einige Kündigungsverbote müssen reduziert werden, z. B. während der Krankheit oder des Urlaubs sowie für Rentner und Vorrentner. Letztere behalten die Möglichkeit des Vorruhestandes, auch im Gegensatz zur bundesrepublikanischen Regelung. Wir erhalten den Vorruhestand. Es gilt jedoch eindeutig: Sozial ungerechtfertigte Kündigungen sind rechtsunwirksam. Die Betriebsräte haben bei Kündigungen Anhörungs- und Widerspruchsrecht. Der besondere Kündigungsschutz für Schwerbehinderte und die Kündigungsverbote bei Mutterschaft, für Alleinstehende mit Kindern bis zu 3 Jahren, Kämpfer gegen den Faschismus und Verfolgte des Faschismus, Arbeitnehmer im Grundwehrdienst, Reservistenwehrdienst und Zivildienst bleiben erhalten.

Beibehalten werden alle Regelungen, die den Bedingungen der sozialen Marktwirtschaft sowie den im Staatsvertrag festgelegten Grundsätzen der Arbeitsrechtsordnung und den zu übernehmenden Gesetzen der Bundesrepublik Deutschland nicht widersprechen. Die für die werktätigen Frauen und Mütter besonders bedeutsamen sozialen Rechte auf Schwangerschafts- und Wochenurlaub, Freistellung im Anschluß an den Wochenurlaub, Freistellung zur Pflege erkrankter Kinder sowie auf den Hausarbeitstag bleiben im bisherigen Umfang bestehen.

(Beifall)

In Anlehnung an das Lohnfortzahlungsgesetz der Bundesrepublik Deutschland wird die für die Arbeitnehmer günstige Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall, nämlich 100% des Nettoeinkommens für 6 Wochen, aufgenommen. Andere neue Ansprüche auf sozialem Gebiet werden mit dem Gesetz nicht geschaffen.

Das geänderte Arbeitsgesetzbuch hat Übergangscharakter. Deswegen wird darauf verzichtet, über die zwingend erforderlichen Veränderungen hinaus Aktualisierungen oder Neugliederungen vorzunehmen. Der vorgelegte Gesetzentwurf ist darauf gerichtet, den Arbeitgebern und Arbeitnehmern und ihren Organisationen die arbeitsrechtlichen Möglichkeiten zu geben, den Schritt in die soziale Marktwirtschaft zu gehen, wie ich hoffe, mit baldigem Erfolg. - Danke.

(Beifall)

Stellvertreter der Präsidentin Frau Dr. Niederkirchner:

Danke, Frau Minister. Eine Anfrage hier.

Thietz (Die Liberalen):

Frau Minister, an einer Stelle scheint mir doch sehr wesentlich gegen ein Gleichheitsprinzip verstoßen worden zu sein, sicher aus der Eile der Zeit heraus, und zwar, was den § 58, die Einschränkung von fristgemäßen Kündigungen, betrifft. Wir haben hier nach bewährter Manier neben der durchaus berechtigten Einschränkung für Schwangere, Grundwehrdienst und Kämpfer gegen den Faschismus und Verfolgte des Faschismus doch vergessen, daß wir durch unsere zurückliegenden 40 Jahre hier einen neuen Personenkreis zu berücksichtigen haben, nämlich - um es einmal so zu formulieren - Kämpfer gegen den Stalinismus, die wir ja zweifellos jetzt auch berücksichtigen müssen. Wir haben gestern wieder hier gehört, daß wir uns mit den Folgen Waldheim beschäftigen müssen, der Sache mit den stalinistischen Lagern, wo zum Teil KZ umfunktioniert worden sind nach Ende des Krieges. Und wir dürften dann, wenn wir die Kämpfer gegen den Faschismus drin behalten, diesen Personenkreis nicht vergessen, oder wir müssen den anderen auch herausnehmen.

Frau Dr. Hildebrandt, Minister für Arbeit und Soziales:

Sie haben durchaus recht in der Intention. Wir werden versuchen, das zu berücksichtigen. Wir hatten es schon diskutiert und konnten uns zunächst noch nicht einigen, weil es eine Frage der Definition ist. Aber wir werden es noch einmal überprüfen.

Stellvertreter der Präsidentin Frau Dr. Niederkirchner:

Danke schön. Wenn es weiter keine Bemerkungen gibt, danke" ich, Frau Minister, für Ihre Ausführungen.

Das Präsidium der Volkskammer schlägt vor, folgenden Ausschüssen das Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Arbeitsgesetzbuches, verzeichnet in der Drucksache Nr. 66, zur Beratung zu überweisen: dem Rechtssausschuß als federführendem, dem Ausschuß für Arbeit und Soziales, dem Ausschuß für Familie und Frauen, dem Wirtschaftsausschuß, dem Ausschuß für das Gesundheitswesen und, falls keine Gegenargumente bestehen, dem Ausschuß für Landwirtschaft und Ernährung. Keine Gegenargumente.

Dann treten wir jetzt in die Aussprache ein. Bevor wir dies tun, bitte ich doch die Parlamentarischen Geschäftsführer, da heute noch eine Beschlußfassung anliegt und wir abstimmen müssen, in ihren Fraktionen dafür zu sorgen, daß nachher noch ausreichend Abgeordnete im Saal sind.

Wir beginnen die Aussprache mit der Fraktion der PDS, die noch 11 Minuten Redezeit hat. Es folgen Bündnis 90/Grüne mit 5 Minuten, Fraktion DBD/DFD mit 3 Minuten, Fraktion CDU/DA mit 6 Minuten und Fraktion der SPD mit 9 Minuten.

Ich bitte die Fraktion der PDS, die Abgeordnete Marlies Deneke, das Wort zu nehmen.